

Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 24.— Mark

In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchauffee 5. Fernspr.: Hantsa 2447—51

Nr. 51/52

Hamburg, den 20. Dezember 1918.

3. Jahrg.

Inhalt

Die Schuldfrage	Seite 1129	Japan	Seite 1143
Der Zahlungsmittelbedarf während der Revolution	1131	Rhodesia	1145
Englische Gedanken zur Verstaatlichung der Ver- sicherung	1132	Neuseeland	1147
Der chilenisch-peruanische Konflikt	1135	Weltwirtschaftliche Übersichten:	
Länder-Berichte:		Geld und Kapital	1148
Deutschland	1137	Schifffahrt und Schiffbau	1149
Dänemark	1138	Rohstoffe und Warenmärkte	1151
England	1139	Getreide und Futtermittel	1153
Frankreich	1141	Wichtige Neueingänge	1154

(Nachdruck mit Genehmigung der Zentralstelle gestattet.)

Die Schuldfrage

Clausewitz hat in seinen klassischen „Nachrichten über Preußen in seiner großen Katastrophe“ das Kapitel über die Ursachen des Feldzugs von 1806 mit folgendem Urteil über die preußische Politik der letzten Menschenalter eingeleitet:

„Unter Friedrich dem Großen hatte Preußen angefangen, eine Stelle unter den Mächten des ersten Ranges einzunehmen, während sein Flächeninhalt und seine Volksmenge kaum ein Viertel so groß waren, wie die der anderen. Friedrichs großer Ruf als General, die Weisheit und Wirtschaftlichkeit seiner Administration, die Stärke und Geübtheit seines Heeres waren die eigentlichen Größen, womit er wirkte. Dennoch gehörte eine schlaue und gewandte Politik dazu, um sich in dieser künstlichen Stellung zu erhalten. Auch der große Kurfürst war ein solcher Mann gewesen, und man kann wohl sagen, daß Preußen seine Größe einer solchen Politik zu verdanken hat. Eine solche Politik aber, die gern im Trüben fischt, ist ein gefährliches Ding, sie ist nur möglich, wenn eine große Entschlossenheit und Kraft damit verbunden ist, denn ohne uns zu fürchten, werden uns die Leute niemals erlauben, sie ungestraft zu überlisten.“

„Diese moralischen Größen verschwanden nach Friedrichs Tode nach und nach; es blieb am Ende nichts als der Nimbus einer in allen militärischen Tugenden exzellierenden Armee. Fragt man sich, was an die Stelle jener listigen und wechselvollen Politik hätte treten können, die allein von der Kraft und dem Talent unternehmender Fürsten mit Glück gebraucht werden konnte, um Preußen auf seiner Höhe zu erhalten und seine künstliche Stellung einigermaßen in eine natürliche zu verwandeln, so ist es große Sparsamkeit und Strenge in der Verwaltung, fortdauernde Aufmerksamkeit und Anstrengung im Militärstaat, und nach außen hin ein offenes, ehrliches, aber kräftiges Benehmen, immer zeigend, daß man die Gefahr nicht scheute, unter der man groß geworden war.“

Es genügt, wenig Namen und Begriffe zu ändern, um in diesen Sätzen, die von der Männlichkeit und der Vernunft selber geschrieben scheinen, auch das Verdikt über die Irrbahn der preussisch-deutschen Politik nach Bismarcks Tod zu

erkennen. Wenn es etwas giebt, was Deutschland in diesem beispiellosen Zusammenbruch aufrecht erhalten kann, so ist es die Einsicht, daß die Nation keinem äußeren Feind und keiner feindlichen Koalition erlegen ist, sondern dem eignen Dämon, der sie an tote Sachen und mechanische Ordnungen zu glauben verleitete, statt an lebendig-geistige Wirklichkeiten; der sie fordern hieß, ohne viel nach dem Maß ihrer Kräfte zu fragen, und ihr Unentschlossenheit und Schwanken erlaubte, wo nur die geradeste und klarste Politik das Reich noch einmal vom nahen Abgrund retten konnte. Keine andere Schuld wird anerkannt werden können als diese, keine andere Richterschaft als die des eigenen Gewissens, das allein den Abfall von dem besten Geiste erkennen und sühnen kann. Am wenigsten aber wird denen der Stuhl des Richters zugestanden werden können, die von je den gleichen Wahn gehegt haben wie das imperialistische Deutschland, und die jetzt, da der Unbesiegt-Besiegte sich in ihre Hände gegeben hat, den nackten Machtwillen, im Vertrauen auf Gewalt und Zahl, List und Bluff, nur noch unter den durchsichtigsten Hüllen zeigen. Hat Deutschland die Usurpatoren des nationalen Willens, die ihre Politik nach dem Stande der Fähnchen auf den Kriegskarten zu orientieren pfl egten, nur darum fortgejagt, damit der gleiche Machtwahn sich jenseits der Grenze um so frevlicher gebärden kann?

In den Friedenskundgebungen des Präsidenten Wilson, die Deutschland als Grundlage für Waffenstillstand und Friedensverhandlung angenommen hat, ist kein Wort gesagt, das als Forderung einer Kriegsent-schädigung von Deutschland gedeutet werden konnte. „Wir hegen keine Eifersucht gegen Deutschlands Größe, und es ist nichts in diesem Programm, das sie antastet, heißt es in der Botschaft vom 8. Januar 1918. Wir wünschen nur, daß es unter den Völkern der Welt — der neuen Welt, in der wir jetzt leben —, sich auf den Fuß der Gleichheit, nicht der Herrschaft stellt.“ Wenn es noch eines Beweises bedürfte, daß die Wilsonschen Grundsätze keine allgemeine Entschädigungsforderung einschließen, so ist er in den Klauseln gegeben, mit denen die Alliierten diese Grundsätze ar-

genommen haben. In dem Memorandum, in dem die Alliierten dem Präsidenten der Vereinigten Staaten „ihre Bereitschaft zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten vom 8. Januar 1918, sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind“ erklärt haben, wird außer einem allgemeinen Vorbehalt in der Frage der Freiheit der Meere nur eine Bedingung genannt, die in dem Wortlaut der Wilsonschen Forderungen nicht unzweideutig enthalten war. Wilson hatte die Pflicht zur Räumung und Wiederherstellung der von Deutschland besetzten Gebiete aufgestellt. Die Alliierten erklären dazu, sie verständnis unter dieser Bedingung, „daß Deutschland für allen durch seine Angriffe zu Lande, zu Wasser und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden Ersatz leisten soll.“ Der Präsident hat sein Einverständnis mit dieser Auslegung erklärt, und Deutschland hat in Artikel 19 der Waffenstillstandsbedingungen auch diese Forderung zu erfüllen versprochen. Die Bürde, die es damit auf sich genommen hat, wird schwerlich geringer sein als 3000 Mill. £, nach den heutigen Kursen 90, nach dem Friedenskurs 60 Milliarden *M.* Wenn darüber hinaus der Ersatz von Kriegskosten allgemeiner oder besonderer Natur gefordert werden sollte, so hätten die Alliierten dies bei der Annahme der Wilsonschen Punkte unzweideutig erklären müssen.

Die Mitteilungen, die Lloyd George in seiner Rede vom 11. Dezember in Bristol gemacht hat, zeigen, daß sich die englische Regierung durch ihre früheren Erklärungen durchaus nicht gebunden erachtet. Der Krieg, heißt es in der Rede, sei ein Prozeß; ein Prozeß aber müsse immer von der verlierenden Partei bezahlt werden. Wie groß die Bürde sein werde, die man Deutschland aufladen wolle, sei noch unbestimmt. Das Kriegskabinet habe eine Kommission ernannt, um die finanzielle Tragkraft Deutschlands zu untersuchen. Die gesamten Kriegskosten betragen 24 Milliarden £; das deutsche Volksvermögen sei vor dem Kriege auf 15 bis 20 Milliarden £ geschätzt worden; es sei indessen zu vermuten, daß diese Schätzung zu niedrig sei. „Nach Recht und Billigkeit steht es uns zu, die gesamten Kriegskosten von Deutschland zu fordern. Wir haben vorgeschlagen, das zu verlangen.“ Es wird als selbstverständlich erachtet, daß die Entschädigungsforderungen dem Schuldendienst der deutschen Anleihen vorzugehen.

Die Meinung einiger Zeitungen, daß die Rede Lloyd Georges nur aus der Stimmung des Wahlkampfes zu erklären ist, können wir uns nicht zu eigen machen. Er durfte seiner Wähler sicher sein, ohne ihnen die Abbürdung der ungeheuerlichen Steuerlasten zu versprechen. Aber es muß ihm zweckmäßig erscheinen, sowohl dem Präsidenten Wilson wie den deutschen Unterhändlern gegenüber den Bogen der Forderungen so straff zu spannen, daß er im Laufe der Unterhandlungen empfindlich gelockert werden kann. Andererseits wird er nach Titeln suchen, unter denen die Konfiskation des deutschen Vermögens in feindlichen Ländern und in den deutschen Kolonien mit dem Schein des Rechts aufrechterhalten werden kann. Denn wenn auch die wirtschaftlichen Kenntnisse Lloyd Georges sich nur auf einer so bescheidenen Höhe bewegen, daß ihm nicht immer der Einwand der Lächerlichkeit erspart bleibt, so wird ihm doch so viel klar sein; daß Jahrestribute von mehreren Dutzend Milliarden auch von dem reichsten und arbeitsamsten Land der Welt nicht getragen werden können. Die gesamte deutsche Produktion an Brotgetreide, Vieh und Milch betrug im Jahre 1912 nach einer Schätzung knapp 10 Milliarden *M.*, die gesamte Bergbau-Förderung 1911 rund 2 Milliarden (davon 1,76 Milliarden *M.*

Kohle). Das Kapital der deutschen Aktiengesellschaften belief sich nach einer Statistik der Dresdner Bank 1912 auf 14,9 Milliarden, der gesamte Reingewinn auf 1,47 Milliarden. Die Reichszölle erbrachten 1912 rund 700 Mill. *M.*, die Eisenbahnen Preußens 540 Mill. *M.* Setzt man für die Zeit nach dem Kriege infolge des inflatorisch erhöhten Preisniveaus höhere Nominalbeträge an, so vermindert sich doch der Ertrag in englischer Währung durch die Wertminderung der Mark in noch stärkerem Grad. Auch wenn die Jahrestribute auf wenige Milliarden Mark begrenzt werden, wird das englische Kriegsziel erreicht werden: den deutschen Anteil an Welthandel und Seeschifffahrt auf das Mindestmaß zu reduzieren, das sich aus den unumgänglichsten Bedürfnissen ergibt. Werden die Forderungen übersteigert, so kann sich leicht die Wirkung des Tributes gegen die Wirtschaft der Feinde selbst richten: der Überdruck auf die Wechselkurse wirkt als Prämie für die Warenausfuhr, und der Wettbewerb der deutschen Arbeit wird nicht nur durch Export, sondern durch die Auswanderung der fähigsten Hände und Köpfe nach neutralen, vor allem überseeischen, Ländern gesteigert werden, die dadurch zu neuen Zentren wirtschaftlicher Aktivität werden können. Vielleicht, daß von einer solchen Auswanderung eben so große Wirkungen ausstrahlen werden, wie von der Vertreibung der Juden aus der iberischen Halbinsel, der Holland einen erheblichen Teil seiner Blüte verdankt.

Die Entente scheint sich von solchen Sorgen, die nicht den Tag, sondern das Künftige angehen, nicht bestimmen zu lassen. Auch nach der ungeheuren Umwälzung des Reiches erscheint ihr das in seinen Tugenden wie in seinen Lastern rätselhaft Volk der Mitte noch immer unheimlich und furchtbar. Um diese unberechenbare Macht zu fesseln und zu lähmen, ist ihr jedes Mittel recht. Wird sich Präsident Wilson ihrem Willen ernstlich widersetzen? Er teilt die Ideologie der Entente und hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß er die Verantwortung für den Krieg allein der kleinen Zahl der bisherigen Lenker der deutschen Politik zuschreibt. Von diesem Glauben bis zur Forderung einer harten Bestrafung des schuldigen Landes als Buße und als Warnung ist nur ein kleiner Schritt. Es wäre nicht das erste Mal, daß man ein lebendiges Kind, einem alten Zauberglauben folgend, in den Pfeiler einer neuen Brücke um der Zukunft willen eingemauert hätte.

Es steht nicht bei dem durch sich selbst entwehrt Deutschland, auf die Entschlüsse der feindlichen Koalition durch Rat oder Druck einzuwirken. Aber es steht ihm frei, ein Gericht abzulehnen, das aus Feinden besteht, die an dem Kriege zumindest im gleichen Maße schuldig sind wie Deutschland; und für die eigene Schuld hinreichende Sühne in der furchtbaren Krisis zu erblicken, in der sein Dasein selbst in Frage gestellt wird. In seiner Geschichte des peloponnesischen Krieges hat Tukydidies vor die Aufzählung der Anlässe, die nach der Meinung seiner Zeitgenossen zum Ausbruch der Feindseligkeiten geführt haben, den Satz gestellt: „Der wirkliche Grund aber, von dem nur wenig geredet wird, war kein anderer, als daß die Athener wegen des Wachstums ihrer Macht den Lakedämoniern furchtbar werden.“ Der feindliche Verband lehnt es ab, zwischen Anlässen und Gründen zu unterscheiden; er hält sich an einzelne Dokumente und Akte und weigert sich, in der verhängnissschweren Verflechtung von Schuld und Unschuld diesseits und jenseits der Fronten den Schicksalsknoten zu erkennen, dessen Notwendigkeit keinen Einzelnen entlastet, das Ganze aber in eine Sphäre stellt, die dem Kurzsinn der Moralisten verschlossen bleibt.

Kurt Singer